



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

Pressemitteilung

Widmann-Mauz MdB: Städtebauförderung im Wahlkreis Tübingen-Hechingen weiterhin auf hohem Niveau

Berlin, den 7. Mai 2021
Anlagen:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Mit einer Fördersumme in Höhe von insgesamt rund 3,4 Mio. Euro lag die Städtebauförderung im Wahlkreis Tübingen-Hechingen auch im letzten Jahr auf hohem Niveau. Zum „Tag des Städtebauförderung“ am 8. Mai erklärt die Wahlkreisabgeordnete für Tübingen-Hechingen, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB:

„Ich freue mich sehr, dass auch im vergangenen Jahr wieder so hohe Summen in die Städtebauförderung unserer Städte, Gemeinden und Kommunen geflossen sind. Vor allem die Städte Tübingen (1,5 Mio. Euro) und Rottenburg (996.000 Euro) wurden mit hohen Summen bedacht. Doch auch Mössingen (650.000 Euro), Burladingen (200.000), Ammerbuch (10.000 Euro) und Dußlingen (10.000 Euro) bekamen Hilfen vom Bund. Damit liegen die Finanzhilfen des Bundes im Wahlkreis 2020 nur knapp hinter dem Niveau von 2018 als wir ein neues 10-Jahres-Hoch verzeichneten.“

„Der weitaus größte Teil der Mittel floss im letzten Jahr in die Bereiche ‚Lebendige Zentren‘ sowie ‚Wachstum und nachhaltige Erneuerung‘ – zum Beispiel in die südliche Burladinger Kernstadt, in städtebauliche Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts im Tübinger Stadtteil Waldhäuser Ost oder in die nachhaltige Erneuerung des Pausa-Geländes in Mössingen. Erst im letzten Jahr haben wir die Städtebauförderung angepasst und neustrukturiert – das zeigt vor allem in unserer Region Wirkung. Aktuell dringende Themen wie Klimawandel, Erhalt lebendiger Innenstädte, Strukturwandel oder Branchenentwicklung für den Wohnungsbau werden jetzt viel besser adressiert. Dabei geht es im Schwerpunkt auch um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“

Seit 50 Jahren unterstützen Bund und Länder die Kommunen mit der Städtebauförderung. Sie bildet zur Stärkung der Wirtschafts- und Wohnstandorte in den Gemeinden einen wesentlichen Schwerpunkt der Infrastrukturpolitik der Bundesregierung. Seit 2017 stellt der Bund auf konstant hohem Niveau jährlich 790 Mio. Euro an Finanzhilfen zur Verfügung.



Mit insgesamt rund sechs Milliarden Euro hat die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode so viel wie noch nie in den Städtebau investiert. Knapp 50 Prozent der Bundesmittel fließen dabei in den ländlichen Raum.